



Zur Beachtung!

Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt. Der vorliegende Abdruck ist nur zum privaten Gebrauch des Empfängers hergestellt. Jede andere Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Urheberberechtigten unzulässig und strafbar. Insbesondere darf er weder vervielfältigt, verarbeitet oder zu öffentlichen Wiedergaben benutzt werden. Die in den Beiträgen dargestellten Sachverhalte entsprechen dem Stand des jeweiligen Sendetermins.

Beitrag: **Gekaufte Forschung – Wie Konzerne an deutschen Hochschulen forschen lassen**

Bericht: Jan Schmitt

Datum: 11.08.2016

Georg Restle: „Wenn Sie an einer seltenen Krankheit leiden, können Sie froh sein, wenn es dafür Medikamente gibt. Wenn Wissenschaftler an Universitäten darüber forschen, frei und unabhängig. Aber diese Unabhängigkeit ist längst schon in Gefahr. Denn immer mehr Großkonzerne haben sich an deutschen Universitäten eingekauft. Bestimmen darüber, worüber geforscht wird, und worüber nicht. Die Verträge dazu sind streng geheim. Niemand soll erfahren, wie weit kommerzielle Interessen die Forschung an Universitäten bestimmen. Einer dieser Verträge liegt uns jetzt vor. Ein Vertrag, den eine altherwürdige deutsche Universität mit einem großen Pharmakonzern geschlossen hat. Jan Schmitt.“

Es geht um diese Verträge. Sie regeln die bisher größte Kooperation in Deutschland zwischen einer Universität und der Stiftung eines Pharmaunternehmens - ein Millionendeal. Und es geht darum, wer Professoren beruft, was erforscht und veröffentlicht wird, und ob das Geld die Universitäten korrumpiert. Boehringer Ingelheim, ein weltweit agierendes Pharmaunternehmen mit fast 50.000 Mitarbeitern und einem Umsatz von knapp 15 Mrd. Euro. Die Boehringer-Ingelheim-Stiftung finanziert mit 100 Mio. Euro ein Institut für Molekulare Biologie an der Mainzer Uni. Die Stiftung schreibt uns:

Zitat: „Es war und ist nicht Intention der Stiftung, in die Belange von Universitäten einzugreifen.“

Aber stimmt das auch? Die Verträge dazu sind eigentlich geheim. Aus Schutz von Forschung und Lehre, so heißt es, sollte die Öffentlichkeit nicht darüber informiert werden, was drin steht.

Waltraud Kreuz-Gers, Kanzlerin Universität Mainz: „Normalerweise machen wir solche Kooperationsverträge nicht öffentlich. Darin sind viele Dinge geregelt, die, glaube ich, nicht von öffentlicher Relevanz sind. Es gibt auch keine Rechtspflicht sie zu veröffentlichen.“

Prof. Christian Kreiß, Hochschule Aalen: „Es geht hier um öffentliche Hochschulen, die über Steuergelder errichtet und finanziert werden, die ganze Infrastruktur ist doch steuergeldfinanziert. Und trotzdem darf der Bürger nicht diese Verträge einsehen, kann nicht sehen, worüber da geforscht wird. Das ist ein absolutes Unding.“

Christian Kreiß klagte auf Veröffentlichung der Verträge. Er ist Professor für Volkswirtschaft in Aalen. Eine Professur in München lehnte er ab, weil sie von einem Unternehmen bezahlt werden sollte. Er will frei forschen können, ohne Vorgaben. Und er sieht die Gefahr, dass die Industrie immer mehr bestimmt, was an Hochschulen erforscht wird.

Prof. Christian Kreiß, Hochschule Aalen: „Die eigentlich zentrale Frage für mich ist, worüber wird nicht geforscht und worüber wird schon geforscht in den man mit Geldköder, goldene Hamsterräder baut, sagt forsch hier, da bekommst du ein schönes Institut und bekommst Mitarbeiter etc. Forsch doch hier, das ist industrienah und das viele Mittel, dann wird eben in diese Richtung geforscht.“

Und in andere Richtungen nicht. Aber vor allem, man weiß es nicht. Die Verträge sind meist geheim. Monitor hat alle 84 staatlichen Universitäten in Deutschland angefragt. 72 haben geantwortet. Manche Unis haben ca. 80 Verträge mit Firmen wie die Universität Hohenheim, andere 800 wie die TU Berlin oder sogar über 1.000 wie die Universität Dresden. Unzählige Verträge, aber nur an drei Unis sind sie öffentlich, alle anderen sind geheim.

Michael Hartmer, Deutscher Hochschulverband: „Das bewerte ich als problematisch. Universität ist ein vom Steuerzahler finanziertes System. Die Forschung in der Universität ist frei und eine Geheimforschung an deutschen Universitäten ist ein Widerspruch in sich.“

Geheimsache Forschung. Besonders lukrativ sind Kooperationen für Pharmaunternehmen, denn da geht's ums ganz große Geld und auch darum, wie es sich mit Krankheiten verdienen lässt. An deutschen Hochschulen wurden in den letzten Jahren 33 Professoren von Pharmaunternehmen bezahlt und es gab mindestens sechs Kooperationen zwischen Pharmaunternehmen oder Stiftungen und Universitäten. Unter anderem eben die Boehringer Ingelheim Stiftung mit der Uni Mainz. Monitor liegen die lange geheim gehaltenen Verträge dazu vor. Und darin steht ganz Erstaunliches, zum Beispiel:

Zitat: „darf die Universität von ihrem Weisungsrecht nur Gebrauch machen, soweit die Stiftung zustimmt“.

Die Uni gibt also ihr Recht auf, Einfluss auf die Forschungsinhalte zu nehmen, selbst wenn was schief läuft. Was sagt die Kanzlerin der Uni dazu?

Waltraud Kreutz-Gers, Kanzlerin Universität Mainz: „Also, die Regelung ist mir jetzt im Moment nicht erinnerlich. Mir ist allerdings auch in den Jahren, in denen ich hier bin, kein Fall erinnerlich, dass das eine Rolle gespielt hat.“

Reporter: „Wir reden ja hier über die Verträge.“

Waltraud Kreutz-Gers, Kanzlerin Universität Mainz: „Ja, ist richtig.“

Reporter: „So steht's im Vertrag.“

Waltraud Kreutz-Gers, Kanzlerin Universität Mainz: „Mag sein. Hat auch keine Rolle gespielt, wäre es ein weiterer Punkt. Dinge, das war damals im Auftrag begriffen. Ich sage mal, der Fall, dass eine Stiftung bereit ist, 100 Millionen in so ein Institut zu investieren, den werden Sie in der Bundesrepublik nicht allzu häufig finden.“

Verkauft die Uni also ihr Recht für Geld? Weiter heißt es im Vertrag:

Zitat: „Presseerklärungen, Veröffentlichungen oder Mitteilungen bedürfen der vorherigen Ab- und Zustimmung der Parteien“.

Also auch der Zustimmung der Boehringer Ingelheim-Stiftung.

Waltraud Kreutz-Gers, Kanzlerin Universität Mainz: „Wissenschaftliche Veröffentlichungen zählen da nicht drunter, sind auch nie darunter gezählt worden. Das IMB ist eine hervorragende Einrichtung, die ihren Ruf dadurch hat, dass sie viel publiziert. Dazu hat es nie eine Zustimmung der Stiftung gegeben.“

Reporter: „Warum schreiben Sie es dann rein?“

Waltraud Kreutz-Gers, Kanzlerin Universität Mainz: „Also, ich kann es Ihnen nicht sagen, warum es damals reingeschrieben worden ist, aber bestimmt nicht, um dieses zu regeln.“

Nur mal eben reingeschrieben? Ein Fehler, nur in diesem Vertrag? Wir bekommen Informationen zu einem anderen Vertrag der Mainzer Uni zugespielt. Es geht um eine große Gesundheitsstudie. Millionensponsor: Boehringer Ingelheim. In der Geschäftsordnung heißt es:

Zitat: „Weiterhin ist mit dem Hauptsponsor der Studie, Boehringer Ingelheim (BI) vertraglich vereinbart, dass alle Manuskripte vor Veröffentlichung die Freigabe durch BI benötigen.“

Der Pharmakonzern sagt, das wäre so üblich und die Uni, die Veröffentlichungsfreiheit sei dadurch nicht eingeschränkt. Wir legen die Klauseln beider Verträge der Expertin für Forschungsrecht, Christine Godt, vor.

Prof. Christine Godt, Expertin für Forschungsrecht, Universität Oldenburg: „Damit wird ganz tief in die Publikationsfreiheit, die ein Bollwerk der Forschungsfreiheit ist, eingegriffen. Eine solche Passage ist verfassungswidrig.“

Die Universität will nun Änderungen am Kooperationsvertrag mit der Boehringer Ingelheim Stiftung vornehmen. Ein Vertrag, der nur durch Klagen ans Licht kam. Aber was ist mit den vielen anderen Verträgen deutscher Universitäten mit Unternehmen und Stiftungen? Was darin schlummert, bleibt geheim. Christian Kreiß warnt vor einem Weg, der letztlich unser aller Leben verändern könnte.

Prof. Christian Kreiß, Hochschule Aalen: „Wer soll denn über allgemeinmenschliche Dinge noch nachdenken, wenn nicht freie Forscher, unabhängige Forscher an unabhängigen Hochschulen? Also, wenn das immer mehr gelenkt wird und beeinflusst wird, wo kommen denn die großen Ideen für die Menschheit her?“

Große Ideen im allgemeinen Interesse. Große Ideen, die Geld brauchen. Vom Staat - und nicht von Großkonzernen.
